

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

14.01.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Katastrophensicher und ohne Atommüll – das sind die Reaktoren der Zukunft</b> <i>WELTplus, 13.01.2022</i> .....	3
2   <b>“Atomkraft darf nicht als nachhaltig geadelt werden”</b> <i>Handelsblatt, 14.01.2022</i> .....	5
3   <b>Konrad-Planung kritisiert</b> <i>taz.de, 13.01.2022</i> .....	8
4   <b>Nach AKW-Aus: Hamelner Landrat fordert Unterstützung</b> <i>ndr.de, 13.01.2022</i> .....	10

WELTplus | 13.01.2022 | S. 15:46:58

👤 Norbert Lossau

🔗 WEBLINK

## ATOMKRAFT MADE IN GERMANY

# Katastrophensicher und ohne Atommüll – das sind die Reaktoren der Zukunft

*Zwei in Deutschland entwickelte Technologien ermöglichen den Bau von Kernkraftwerken, bei denen Unglücke wie in Fukushima oder Tschernobyl ausgeschlossen sind. Produktiv werden diese Innovationen hierzulande vorerst aber nicht.*

Kurz vor Weihnachten wurde im chinesischen Shi-daowan ein Kernkraftwerk in Betrieb genommen, das nach einem völlig anderen Prinzip arbeitet als die weltweit genutzten Druck- und Siedewasserreaktoren. Drei Druckwasserreaktoren sind derzeit in Deutschland noch am Netz, nachdem in der Silvesternacht drei Kraftwerke vergleichbarer Bauart endgültig abgeschaltet worden sind.

Der neue Reaktor in China arbeitet nicht mit Uranbrennstäben, die in ein Wasserbad getaucht sind und heißes Wasser erzeugen. Stattdessen sind es hier gepanzerte Körner und ein anderer Brennstoff. Denkt man jedoch heute an die Atomkraft und ihre Risiken, geht es ausschließlich um die konventionellen Druck- und Siedewasserreaktoren. Die Unglücke von Tschernobyl und Fukushima hatten schließlich offenbart, womit da im schlimmsten Fall zu rechnen ist.

Sicher aber ist der neue Reaktortyp HTR-PM in China. Aufgrund seiner physikalischen Eigenschaften kann er nicht "durchgehen", er fährt sich bei Störfällen automatisch herunter. Sollte die Kühlung ausfallen, führt die steigende Temperatur im Reaktor also nicht zu immer neuen Spaltprozessen. Statt Brennstäben enthält dieser Reaktor handgroße Kugeln mit Thorium als Brennstoff. Diese können oben in die Reaktorkammer geschüttet und am Boden über eine Schleuse entnommen werden. Wegen dieser Schüttung wird der Reaktortyp auch Kugelbett- oder Kugelhaufen-Reaktor genannt.

Allerdings produziert ein solcher Reaktortyp Strom nicht so wirtschaftlich wie die üblichen Siedewasserreaktoren. Die erzeugte Kilowattstunde ist also teurer. Dafür sind Unglücke ausgeschlossen. Man könnte

auch sagen, Sicherheit hat ihren Preis.

### Wie nachhaltig ist ein sicheres Kernkraftwerk?

In der aktuellen Diskussion, ob Kernkraftwerke grün, nachhaltig oder klimaneutral sind, geht vieles durcheinander. Weil sie kein Kohlendioxid emittieren, sind sie in diesem Sinne klimaneutral. Mithin wird Klimaneutralität nicht synonym mit "grün" oder "nachhaltig" verwendet, wenn gesagt wird, die Nutzung der Kernenergie sei weder das eine noch das andere.

Begründet wird dies mit dem Hinweis auf die von den Reaktoren ausgehenden Gefahren und das ungelöste Endlagerproblem. Das ist durchaus berechtigt, doch in der Debatte spielen inhärent sichere Kraftwerke und die mögliche Lösung des Endlagerproblems so gut wie keine Rolle.

Wie lautet aber die Antwort auf die Frage, ob ein Kernkraftwerk nachhaltig ist, wenn eine Katastrophe grundsätzlich ausgeschlossen ist und der Atommüll sicher entsorgt werden kann? Das ist und bleibt eine politische Entscheidung. So war es auch 1986, als das Aus für die Kugelhaufen-Reaktor-Technologie verkündet wurde. Tatsächlich ist nämlich die jetzt in China zur Anwendung gebrachte Technologie vor rund 50 Jahren in Deutschland entwickelt worden - im Forschungszentrum Jülich unter Leitung von Professor Rudolf Schulten.

Es wurde sogar ein kommerzielles Kraftwerk in Hamm-Uentrop gebaut. Doch unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl beschloss der damalige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau neun Wochen nach dem Unglück, diese Technologie zu stoppen. Das

neue Kraftwerk wurde nicht in Betrieb genommen. Ähnlich wie bei dem ebenfalls hierzulande entwickelten und gleichfalls nicht genutzten Transrapid freute sich China auch bei der Kugelhaufen-Technik über wertvolles Know-how aus Deutschland.

### **Revolutionäre Technologie produziert keinen Atommüll**

Doch stellt sich beim Kugelbett-Reaktor die Frage der Endlagerung nicht in gleicher Weise wie bei den heutigen Druck- und Siedewasser-Reaktoren? Der entscheidende Unterschied ist, dass der nukleare Brennstoff bei der Kugelbett-Technik in Gestalt sandkornkleiner, gepanzerter Körner vorliegt.

Diese Körner haben eine diamantharte Hülle aus Siliziumkarbid und sind - so wie Rosinen in einem Teig - eingebettet in einer Graphit-Kugel. Die Panzerung der Brennstoffkörnchen ist so stabil, dass Experten die Haltbarkeit auf mindestens eine Milliarde Jahre schätzen. Derartig verkapselter Miniatur-Atommüll lässt sich offensichtlich einfacher und sicherer endlagern als die heute in Zwischenlagern herumstehenden Atomabfälle.

Deutsche Physiker haben noch eine revolutionierende Technologie entwickelt, die nicht nur sicher ist, sondern auch keinen Atommüll produziert. Der sogenannte Dual-Fluid-Reaktor soll sogar existierenden Atommüll "verbrennen" können. "Mit diesen Reaktoren lässt sich also das Endlagerproblem lösen", sagt der an der Entwicklung in Berlin beteiligte Physiker Götz Ruprecht: "Auf den Bau eines teuren Endlagers könnte dann verzichtet werden."

### **Flucht aus Deutschland**

Der Dual-Fluid-Reaktor arbeitet mit flüssigen Brenn-

stoffen - mit Metallschmelzen. Das ermöglicht die Zugabe von radioaktivem Material aus Atommüll, das dann im Reaktor gespalten und umgewandelt wird. Die Menge an Müll wird so ständig geringer.

Wenn man irgendwann aus der Nutzung dieser Reaktortechnologie aussteigt, bleibt nur noch wenig Restmüll übrig - das Inventar der letzten Reaktoren. Zudem müsste dieser Müll wegen geringerer Halbwertszeiten nur über kürzere Zeiträume verwahrt werden als der heute zwischengelagerte Atommüll.

Angesichts des Ausstiegs aus Kohle und Kernenergie sagt Ruprecht voraus, dass hierzulande in ungefähr sechs Jahren die politische Stimmung kippen und es einen Neueinstieg in die Kernenergie geben wird. "Dann wird es für die Politiker einfacher sein, auf neue, sichere Reaktoren zu setzen", sagt Ruprecht. "Eine Rückkehr zu den Druck- und Siedewasser-Reaktoren wird sich nicht so leicht begründen lassen." Doch so lange will die Firma von Ruprecht nicht warten.

Das zunächst in Deutschland gegründete Unternehmen wurde aufgelöst und entstand 2021 als Dual Fluid Energy Inc. im kanadischen Vancouver neu. "Die Behörden in Kanada sind viel kooperativer als in Deutschland", sagt Ruprecht, "die wollen einen nicht abwimmeln, sondern helfen." Das Dual-Fluid-Team strebt an, bereits Mitte des Jahrzehnts in Kanada einen Demonstrationsreaktor in Betrieb zu nehmen.

Das wäre dann das nächste Beispiel für eine in Deutschland entwickelte Reaktortechnologie, die zunächst in einem anderen Land zum Einsatz kommt. Doch vielleicht werden Kugelhaufen- und/oder Dual-Fluid-Kraftwerke irgendwann auch in der Bundesrepublik gebaut. "Wir stehen bereit", sagt Ruprecht, "in zehn Jahren können wir Dual-Fluid-Reaktoren in Serie liefern."

Handelsblatt | 14.01.2022 | S. 008

Auflage: 138.196 | Reichweite: 528.470

Silke Kersting, Dietmar Neuerer

STEFFI LEMKE

## “Atomkraft darf nicht als nachhaltig geadelt werden”

*Die Bundesumwelt- und Verbraucherschutzministerin über die angespannte Lage an den Strommärkten, die Rolle der Billiganbieter und die umstrittenen Taxonomie-Pläne der EU.*

Anders als ihre Vorgängerin Svenja Schulze ist Steffi Lemke nicht mehr für internationalen Klimaschutz zuständig, dafür aber für Verbraucherschutz. Vor allem die hohen Energiepreise beschäftigen die neue Ministerin. Zeit, ihr Büro persönlich einzurichten, hatte sie noch nicht.

### **Frau Lemke, die hohen Energiepreise belasten die Wirtschaft und die Bevölkerung. Wird Energie zum Luxusgut?**

Energie wird nicht zum Luxusgut. Aber wir brauchen Anpassungsstrategien - sowohl für Unternehmen als auch für Bürgerinnen und Bürger.

### **Wie sieht die Strategie aus?**

Notwendig sind schnelle Hilfen für diejenigen, die tatsächlich in Bedrängnis geraten. Die kurzfristige Kündigung von Stromlieferverträgen durch Billiganbieter halte ich für besonders dramatisch. Nach den mir vorliegenden Daten sind die Kündigungen teilweise rechtswidrig.

### **Was folgt daraus?**

Wenn gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen wurde, dann können die Verbraucherzentralen den Bürgerinnen und Bürgern dabei helfen, Einspruch zu erheben. Denn viele Betroffene sind möglicherweise nicht in der Lage, das selbst zu tun. Hier können die Verbraucherzentralen helfen, Einspruch zu erheben und Schadensersatz zu fordern. Sie haben in Einzelfällen bereits einen Anbieter abgemahnt und halten Musterbriefe für betroffene Kunden, also konkrete Hilfestellungen, bereit.

### **Die Kunden der Billiganbieter werden vom örtlichen Grundversorger übernommen, müssen aber teure Neukundentarife in Kauf nehmen. Ist das akzeptabel?**

Die hohen Preisaufschläge werden wir im Auge behalten. Aber wenn für die Kilowattstunde Strom jetzt 90 oder sogar 97 Cent verlangt werden, dann lässt sich das nicht mehr mit den gestiegenen Beschaffungskosten erklären. Diese Aufschläge lassen sich meiner Meinung nach schwer mit Marktpreisen rechtfertigen. Hier sind eventuell auch die Gerichte gefragt.

### **Die Grundversorger müssen wegen der Neukunden Strom zukaufen. Sie haben also auch hohe Kosten, die sie weitergeben.**

Deshalb müssen Kunden, deren Kündigungen rechtmäßig waren, mit höheren Preisen rechnen und leben. Die Frage ist aber, in welchem Umfang das durch die höheren Einkaufspreise wirklich notwendig ist. Mein Anbieter hat aufgrund gestiegener Einkaufspreise auch die Stromkosten erhöht, aber in einem Ausmaß, das auch für Otto Normalverbraucher noch zu bewältigen ist.

### **Verbraucher schließen billige Stromlieferverträge, um Geld zu sparen. Muss man das Billiganbietersystem hinterfragen?**

Das wirft zweifellos die Frage auf, ob das billigste Angebot auch das beste ist. Wenn der falsche Toaster gekauft wurde, ist der Schaden möglicherweise überschaubar. Aber bei Stromlieferungen ist es in der Tat etwas anderes. Hier bewegen wir uns in einem Bereich, in dem langfristige Verlässlichkeit sehr wichtig ist.

### **Wäre es denkbar, Stromkunden bei der EEG-Umlage früher als geplant zu entlasten?**

Jetzt muss erst mal der Heizkostenzuschuss für Geringverdiener schnell kommen.

### **Der Gesetzentwurf sieht eine Entlastung für allein lebende Geringverdiener von 135 Euro vor.**

## **Verbraucherschützer halten das für zu niedrig. Was sagen Sie?**

Wenn Menschen trotz der jetzt geplanten Hilfe in Bedrängnis geraten, dann wird die Koalition darauf reagieren. Mittelfristig brauchen wir aber ein Umdenken beim Heizen. Das heißt: In Wohnungen müssen die Heizungsanlagen modernisiert werden. Auch sollten erneuerbare Energien verstärkt genutzt werden, um die Abhängigkeit von unkalkulierbaren Preisschwankungen zumindest zu reduzieren.

## **Das Umrüsten auf moderne Heizungen, etwa Wärmepumpen, dürfte angesichts der hohen Strompreise die Menschen kaum überzeugen.**

Deshalb werden wir die erneuerbaren Energien massiv ausbauen und zusätzlich dafür sorgen, dass der Einsatz von Wärmepumpen besser mit Photovoltaikanlagen gekoppelt wird. Dann sinken auch die Stromkosten.

## **In den großen Mietshäusern, wo vor allem Geringverdiener wohnen, wird sich das nicht so schnell realisieren lassen.**

In den Fällen wird es staatliche Hilfen geben müssen. Ich sage aber auch: Wir werden nicht innerhalb von vier Wochen alle Probleme für den Energiemarkt lösen können. Da ist mit Blick auf den Ausbau der Erneuerbaren und die Entwicklung der Energiepreise über viele Jahre sehr viel versäumt worden.

## **Die Wohnungswirtschaft hat angeregt, die Mehrwertsteuer auf Heizenergie temporär zu senken. Halten Sie das für überlegenswert?**

Um Notsituationen zu vermeiden, werden wir alle Maßnahmen prüfen. Im Moment hat der schnelle Beschluss über den Heizkostenzuschuss Priorität.

## **Was ist mit der Aufteilung des CO2-Preises zwischen Mietern und Vermietern?**

Weil sich die Koalition in der vergangenen Legislaturperiode bei diesen Zusatzkosten nicht einigen konnte, steht das Problem nun erneut auf der Tagesordnung. Das erlebt die jetzige Regierung an vielen Stellen. Probleme wurden nicht gelöst, sondern vertagt. Fakt ist aber: Die CO<sub>2</sub>-Kosten werden aufgeteilt. So steht es im Koalitionsvertrag.

## **Stichwort EU-Taxonomie: Die Regierung will verhindern, dass Atomkraft als nachhaltige Energieform klassifiziert wird. Wie stehen die Chancen?**

Die Bundesregierung wird ihr klares Nein zur Atomkraft in ihrer Stellungnahme an die EU-Kommission

bekräftigen. Das weitere Verfahren liegt dann in der Hand der EU-Kommission beziehungsweise der französischen EU-Präsidentschaft. Es sieht leider so aus, dass es bislang keine qualifizierte Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten gegen die Einstufung von Atomkraft als nachhaltiger Energieträger gibt. Die Bundesregierung wird nach Vorlage des endgültigen Beschlusses zur Taxonomie ihr weiteres Vorgehen abstimmen.

## **Schließt sich Deutschland der angekündigten Klage von Österreich und Luxemburg an?**

Wir konzentrieren uns im Moment auf die fachliche Stellungnahme. Andere Fragen werden wir später bewerten.

## **Haben Sie Sorge, dass die Taxonomie-Debatte zu einer Renaissance der Atomkraft führt?**

Nein. Das Vertrauen der Bevölkerung in den Atomausstieg in Deutschland ist nach wie vor groß. Ich habe nur die Sorge, dass die EU-Kommission das Vertrauen in das Nachhaltigkeitssiegel verspielt. Atomkraft ist nicht nachhaltig - und darf deswegen nicht als nachhaltig geadelt werden.

## **Wie meinen Sie das?**

Es ist doch so: Natürlich entscheiden Frankreich und andere Länder, die auf Atomkraft setzen, souverän über ihre Energieversorgung. Problematisch wird es, wenn öffentliche Gelder in einen Bereich fließen, der nicht nachhaltig ist. EU-Binnenkommissar Thierry Breton geht davon aus, dass sich die Investments in neue Atomkraftwerke in der EU auf 500 Milliarden Euro bis 2050 belaufen werden. Das ist ein immenser Finanzbedarf, der privatwirtschaftlich kaum zu stemmen sein wird. Steuergelder in eine nicht-nachhaltige Energieform zu stecken ist aber falsch.

## **Ist es dann nicht ein bisschen viel Aufregung um nichts? Der Bau und der Betrieb von Atomkraftwerken lohnen sich finanziell doch gar nicht. Dann erledigt sich das Thema von selbst.**

Da ist was dran. Der Reaktor beispielsweise, der am Ärmelkanal gerade von Frankreich gebaut werden soll, wurde ursprünglich auf drei Milliarden Euro Baukosten taxiert. Jetzt geht der französische Rechnungshof von 19 Milliarden Euro aus. Das zeigt, dass es finanzpolitisch ein riskantes Geschäft ist. Die Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie, die hochradioaktiven Müll hinterlässt. Auch nach rund sieben Jahrzehnten ist sie deshalb ökonomisch noch immer ein Fass ohne Boden und hält dem freien Markt nicht stand. Deshalb besteht ja die Gefahr, dass die öffentliche Hand hier einspringen muss. Wir machen es uns

also zu einfach, wenn wir auf das Prinzip Hoffnung setzen, weil nur noch wenige Investoren auf diese Technologie setzen.

### **Profitiert Frankreich jetzt davon, dass das Land die EU-Ratspräsidentschaft innehat?**

Es geht eher darum, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu überzeugen, dass Investitionen in Atomkraft keine nachhaltigen Investitionen sind.

### **Vielen Dank für das Interview.**

*Die Fragen stellten Silke Kersting und Dietmar Neue-*

*rer.*

### **ZITATE FAKTEN MEINUNGEN**

**Vita: Die Umweltexpertin Steffi Lemke wurde 1968 in Dessau (Sachsen-Anhalt) geboren. Die spätere Grünen-Politikerin studierte Agrarwissenschaften in Berlin und wurde 1994 erstmals in den Bundestag gewählt. Die Ministerin Die 53-Jährige ist seit Dezember 2021 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Neu ist für sie der Verbraucherschutz, der zuvor im Justizministerium angesiedelt war.**



taz.de | 13.01.2022 | S. online

Reimar Paul

## NUKLEARES ENDLAGER

# Konrad-Planung kritisiert

*Seit Baubeginn des Endlagers Schacht Konrad sind 60 Änderungsgenehmigungen erteilt worden. Die Öffentlichkeit hat davon nichts erfahren. Von Reimar Paul*

**GÖTTINGEN.** Atomkraftgegner haben wieder einmal die Aufgabe des Schachts Konrad in Salzgitter als nukleares Endlager verlangt. Anlass ist die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des Linken-Abgeordneten Victor Perli aus Niedersachsen. Ihm zufolge wurde und wird Schacht Konrad „anders gebaut als ursprünglich genehmigt“. Unter dem Deckmantel von „unwesentlichen“ Änderungen seien seit Beginn der Umrüstung des ehemaligen Eisenerzbergwerks bereits 60 Änderungsgenehmigungen ohne Öffentlichkeitsbeteiligung erteilt worden.

Nachdem schon 2009 und 2014 die Einlagerung von 91 weiteren Radionukliden im Rahmen von „unwesentlichen“ Änderungen genehmigt wurden, sind laut Regierungsantwort inzwischen fast alle Bereiche des Atommülllagers von Änderungen betroffen – von der Kontaminationsüberwachung über mobile Abschirmwände und die Anlieferung der Abfallgebinde bis zum Management der radioaktiven Abwässer und der Abluft.

„Ohne dass die Öffentlichkeit überhaupt informiert wird, errichtet die BGE unter der Hand ein ganz anderes Endlager als gedacht“, kritisiert Ludwig Wasmus, Vorstand der atomkraftkritischen Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. Viele Änderungen hätten Auswirkungen auf die Sicherheit. Trotzdem schreckten die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und die Bundesregierung bisher vor einer ordentlichen Änderungsplanfeststellung zurück.

Eine solche, ist Wasmus überzeugt, müsste nämlich zur Überprüfung des gesamten Projekts und damit zwangsweise zum Aus führen: „Hier wird mit der Sicherheit der Bevölkerung gespielt und Genehmigungsrecht umgangen, nur um Konrad mit aller Macht durchzudrücken“, sagt Wasmus. „Wir fordern den sofortigen Baustopp.“

### Fehler sollen nicht wiederholt werden

Aus Sicht von Perli belegen die ständigen Planungsänderungen, Verzögerungen und die Kostenexplosion erneut, „dass Schacht Konrad nicht als Endlager geeignet ist“. Die Bundesregierung versuche hier „passend zu machen, was nicht passt“. Die neue Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) dürfe nicht den Fehler ihrer Vorgängerinnen wiederholen, die alle Probleme mit Konrad ausgesessen hätten.

Die laufende Endlagersuche, verlangt Perli, müsse für eine Alternative zu Schacht Konrad geöffnet werden. Bislang wurde nur das Suchverfahren für ein Endlager für den hoch radioaktiven Müll neu gestartet.

Die BGE sieht die Vorgänge weniger dramatisch. Sie beantrage während der Errichtung in Einzelfällen Abweichungen vom Planfeststellungsbeschluss beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), sagte BGE-Sprecherin Monika Hotopp der taz – etwa wegen geänderter gesetzlicher Bestimmungen oder wegen neuerer Materialien.

Das BASE überprüfe das und müsse bei „unwesentlichen Veränderungen“ seine Zustimmung erteilen. Wesentliche Veränderungen hingegen, die beim niedersächsischen Umweltministerium beantragt werden müssten, seien „bisher nicht erforderlich“ gewesen. Was aus ihrer Sicht wesentliche und was unwesentliche Änderungen sind, erläuterte die BGE nicht. Eine angefragte Stellungnahme des niedersächsischen Umweltministeriums stand am Mittwochnachmittag noch aus.

### Auf Stand von Wissenschaft und Technik?

Unabhängig von den jetzt bekannt gewordenen Änderungen hatten die Umweltverbände BUND und Nabu im Mai von Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) eine Rücknahme des Planfeststellungs-

beschlusses für Schacht Konrad verlangt. Sie begründen dies damit, dass das Lager längst nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entspreche.

Lies hatte bei Entgegennahme des Antrags betont, der Planfeststellungsbeschluss sei wirksam. Gleichzeitig

sei aber klar, dass sich bei einem viele Jahrzehnte umfassenden Vorhaben wie Schacht Konrad „der Stand von Wissenschaft und Technik weiterentwickelt“. Der Minister fügte hinzu: „Wir nehmen das sehr ernst und werden sehr genau prüfen mit Blick auf eventuell weitreichende, rechtliche Konsequenzen.“



 ndr.de | 13.01.2022

 WEBLINK

## Nach AKW-Aus: Hamelner Landrat fordert Unterstützung

*Nach dem Abschalten des Atomkraftwerks Grohnde zum Ende vergangenen Jahres sieht der Hamelner Landrat Dirk Adomat (SPD) den Bund in der Pflicht und fordert finanzielle Hilfen.*

Alle betroffenen Landkreise und Kommunen müssten beim Abbau der Atomkraftwerke unterstützt werden. Die Regionen stehen laut Adomat vor einer schwierigen, jahrzehntelangen Übergangsphase. Der Landrat verweist auf die ebenfalls vom Energiewandel betroffenen Kohlereviere: Auch wenn dort mehr Menschen arbeiten würden, sei die Politik des Bundes unausgewogen.

### Milliardenhilfe für Kohlereviere

„Während bei der Umwandlung ehemaliger Kohlereviere Milliardensummen im Raum stehen und Jahrzehnte andauernde Strukturmaßnahmen geplant sind, rutschen die Standortkommunen und Landkreise der ehemaligen Kernkraftwerke nach dem Abschalten schnell aus dem Fokus der großen Politik“, so Adomat. Nach dem Aus für das AKW Grohnde würden nicht nur Gewerbesteuereinnahmen wegfallen. Auch die jährlichen Revisionen im Kraftwerk hätten Hunder-

te von externen Fachleuten in der Region gelockt. Davon hätten Hotels und Restaurants profitiert.

### Ausgleichszahlungen und Perspektiven

Der Landrat von Hameln-Pyrmont wünscht sich unter anderem Ausgleichszahlungen sowie langfristige Entwicklungsperspektiven für die ehemaligen AKW-Regionen. Der Rückbau werde bis zu 20 Jahre dauern. Weil es kein Atom-Endlager in Deutschland gebe, bleibe auch das radioaktive Material noch viele Jahrzehnte in den betroffenen Regionen, betont Adomat. Auch das werde diese weiterhin belasten, weil viele Menschen Vorbehalte gegenüber dem radioaktiven Abfall hätten. Adomat erwartet deshalb ein Förderprogramm vom Bund. Die Region um Grohnde habe jahrzehntelang die Risiken der Kernkraft für das ganze Land getragen, sagte er. Deshalb sollte sie jetzt auch unterstützt werden.